OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-303660/2/Kü/MG

Datum:
Linz, 27. Juni 2024

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich fasst durch seinen Richter Mag. Kühberger über die Beschwerde des A__, Rumänien, gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land vom 22. November 2023, GZ: BHSE/923150025828/23, wegen Übertretung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes folgenden

B E S C H L U S S

I. Die Beschwerde wird als unzulässig zurückgewiesen.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land (im Folgenden: belangte Behörde) vom 22. November 2023, GZ: BHSE/923150025828/23, wurde über den Beschwerdeführer (im Folgenden: Bf) wegen einer Verwaltungsübertretung nach § 27 Abs. 1 iVm § 12 Abs. 1 Z 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG) eine Geldstrafe von 4.000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe von 24 Stunden verhängt. Dem Bf wird angelastet, einer schriftlichen Aufforderung des Amtes für Betrugsbekämpfung vom 18. August 2023 nicht entsprochen zu haben, da für namentlich genannte Arbeiter die jeweiligen A1-Sozialversicherungsdokumente nicht nachgereicht worden sind.

I.2. Dagegen richtet sich die rechtzeitig eingebrachte Beschwerde, welche auf allen drei Seiten mit „Übersetzt aus dem Rumänischen“ überschrieben ist.

Neben Ausführungen zur gegenständlichen Kontrolle wird vom Bf ausgeführt, dass es sich bei seiner Firma um einen Betrieb mit dem Firmensitz in Rumänien handle. Alle ihm zugestellten Schriftstücke seien ausschließlich in deutscher Sprache übermittelt worden. Da es sich bei seiner Gesellschaft um ein rumänisches Unternehmen handle und die offizielle Sprache mit Sitzstaat Rumänisch sei, müsse er nicht ganz oder richtig den Inhalt des Strafverfahrens verstehen.

Auf Zustellungen in Rumänien sei das Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen in der Europäischen Union anzuwenden. Eine Zustellung eines Schriftstücks ohne Übersetzung sei nicht nur mangelhaft, sondern vermöge im Hinblick auf die Unvollständigkeit des Schriftstücks ein solcher Mangel auch nicht nach § 7 Zustellgesetz durch tatsächliches Zukommen des Schriftstücks an den Empfänger zu heilen.

Die Anhaltspunkte, dass er nicht Deutsch spreche, seien schon bei seinem Ansuchen um Terminerstreckung für die Rechtfertigung bei der Bezirkshauptmannschaft Linz-Land bekannt gewesen. Es liege daher insgesamt kein zugängliches Straferkenntnis mangels der rechtswirksamen Zustellung vor.

I.3. Die Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land als belangte Behörde hat die gegenständliche Beschwerde ohne Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung mit Schreiben vom 22. Dezember 2023 dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich zur Entscheidung vorgelegt. Gemäß § 2 VwGVG hat das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich durch den nach der Geschäftsverteilung zuständigen Einzelrichter zu entscheiden.

I.4. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Akteneinsichtnahme. Da sich bereits aus den vorliegenden Aktenunterlagen ergibt, dass die Beschwerde zurückzuweisen ist, konnte die Durchführung einer mündlichen Verhandlung gemäß § 44 Abs. 2 VwGVG entfallen.

Festzustellen ist, dass sowohl die Aufforderung zur Rechtfertigung vom 2. November 2023 als auch das gegenständliche Straferkenntnis vom 22. November 2023 ausschließlich in deutscher Sprache abgefasst waren und dem Bf keine Übersetzungen in rumänischer Sprache übermittelt wurden. Die Schriftstücke wurden jeweils per E-Mail an den Bf übersandt.

Die Aufforderung des Amtes für Betrugsbekämpfung vom 18. November 2023 zur Vorlage von A1-Sozialversicherungsdokumenten, welche dem Bf in rumänischer Sprache am 7. September 2023 zugestellt wurde, beantwortete dieser am 11. September 2023 in englischer Sprache. Aus den Akteninhalten ergibt sich sohin kein Hinweis darauf, dass der Bf der deutschen Sprache mächtig ist. Auch die vorliegende Beschwerde ist auf jeder Seite mit dem Hinweis „Übersetzt aus dem Rumänischen“ gekennzeichnet und ist offensichtlich unter Zuhilfenahme eines Übersetzungsprogrammes erstellt worden.

II. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat erwogen:

II.1. Rechtslage:

§ 46 Abs. 1a Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG) in der seit 15.08.2018 in Geltung stehenden Fassung lautet:
„Ist der Beschuldigte der deutschen Sprache nicht hinreichend kundig, so ist dem Straferkenntnis eine Übersetzung in einer für den Beschuldigten verständlichen Sprache anzuschließen. Sofern dies einem fairen Verfahren nicht entgegensteht, kann die Übersetzung durch auszugsweise Darstellung des wesentlichen Inhalts ersetzt werden. Die Pflicht zur Übersetzung des Straferkenntnisses ist nicht auf Verwaltungsübertretungen anzuwenden, die mit einer Geldstrafe von bis zu 7 500 Euro und keiner Freiheitsstrafe bedroht sind oder wegen denen bereits ein Verfahren nach den Bestimmungen des 4. Abschnittes durchgeführt worden ist.“

§ 7 Zustellgesetz lautet:
„Unterlaufen im Verfahren der Zustellung Mängel, so gilt die Zustellung als in dem Zeitpunkt dennoch bewirkt, in dem das Dokument dem Empfänger tatsächlich zugekommen ist.“

§ 11 Abs. 1 Zustellgesetz lautet:
„Zustellungen im Ausland sind nach den bestehenden internationalen Vereinbarungen oder allenfalls auf dem Weg, den die Gesetze oder sonstigen Rechtsvorschriften des Staates, in

dem zugestellt werden soll, oder die internationale Übung zulassen, erforderlichenfalls unter Mitwirkung der österreichischen Vertretungsbehörden, vorzunehmen."

Art. 5 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, BGBl. III Nr. 65/2005, lautet:

„Übersendung und Zustellung von Verfahrensurkunden

(1) Jeder Mitgliedstaat übersendet Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhalten, für sie bestimmte Verfahrensurkunden unmittelbar durch die Post.

(2) Die Verfahrensurkunden können nur dann durch Vermittlung der zuständigen Behörden des ersuchten Mitgliedstaats übersandt werden, wenn

a) die Anschrift des Empfängers unbekannt oder nicht genau bekannt ist,
b) die entsprechenden Verfahrensvorschriften des ersuchenden Mitgliedstaats einen anderen als einen auf dem Postweg möglichen Nachweis über die Zustellung der Urkunde an den Empfänger verlangen,
c) eine Zustellung auf dem Postweg nicht möglich war, oder
d) der ersuchende Mitgliedstaat berechtigte Gründe für die Annahme hat, daß der Postweg nicht zum Ziel führen wird oder ungeeignet ist.

(3) Wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Zustellungsempfänger der Sprache, in der die Urkunde abgefaßt ist, unkundig ist, so ist die Urkunde oder zumindest deren wesentlicher Inhalt in die Sprache oder in eine der Sprachen des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet der Empfänger sich aufhält, zu übersetzen. Ist der Behörde, die die Verfahrensurkunde ausgestellt hat, bekannt, daß der Empfänger nur einer anderen Sprache kundig ist, so ist die Urkunde oder zumindest deren wesentlicher Inhalt in diese andere Sprache zu übersetzen.

(4) Jeder Verfahrensurkunde wird ein Vermerk beigefügt, aus dem hervorgeht, daß der Empfänger sich bei der Behörde, die die Urkunde ausgestellt hat, oder bei anderen Behörden dieses Mitgliedstaats erkundigen kann, welche Rechte und Pflichten er im Zusammenhang mit der Urkunde hat. Absatz 3 gilt auch für diesen Vermerk.

(5) Die Anwendung der Artikel 8, 9 und 12 des Europäischen Rechtshilfeüberein-kommens und der Artikel 32, 34 und 35 des Benelux-Übereinkommens bleibt von diesem Artikel unberührt."

II.2. Aus Art. 5 Abs. 3 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, BGBl. III Nr. 65/2005 idgF (in der Folge: Übereinkommen) in Zusammenschau mit § 11 Abs. 1 ZustellG ergibt sich bei Zustellungen von Verfahrensurkunden im Ausland das Erfordernis einer Übersetzung für den Fall, dass der Zustellungsempfänger der Sprache, in der die Urkunde abgefasst ist, unkundig ist. Rumänien ist dem genannten Abkommen mit dem Beitritt zur EU am 01.01.2007 beigetreten.

Die Bestimmung des Art. 5 Abs. 3 des Übereinkommens ist im Lichte des Art. 6 Abs. 1 EMRK zu sehen, wonach Dokumente, die ins Ausland zugestellt werden, in einer dem Empfänger verständlichen Sprache abzufassen bzw. zu übersetzen sind; andernfalls ist eine Zustellung unwirksam. Das Übersetzungserfordernis dient der Wahrung des rechtlichen Gehörs des Beschuldigten. Geheilt ist der Mangel der

fehlenden Übersetzung insbesondere dann, wenn der Beschuldigte den Inhalt eines in fremder Sprache abgefassten Dokuments tatsächlich verstanden hat oder er der Landessprache mächtig sein muss (vgl. *Frauenberger-Pfeiler/Raschauer/ Sander/Wesely* (Hg), Österreichisches Zustellrecht, 2. Auflage, § 11 Rz 7).

Das gegenständliche Straferkenntnis ist nur in deutscher Sprache abgefasst und wurde nicht im Wege des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI) sondern per Email an den Beschwerdeführer übersandt.
Die Zustellung des gegenständlichen Straferkenntnisses ohne Beifügung einer – zumindest die wesentlichen Teile umfassenden – Übersetzung widerspricht § 11 Abs. 1 ZustellG in Verbindung mit Art. 5 des Übereinkommens, und entspricht auch nicht den Vorschriften des § 17 LSD-BG, wonach es in übersetzter Fassung über das IMI zuzustellen ist. Wie oben bereits dargelegt, hat der Beschwerdeführer nicht erst in der Beschwerde, sondern bereits im Verfahren zum Ausdruck gebracht, dass er der deutschen Sprache nicht mächtig ist.

Der Verwaltungsgerichtshof hält in ständiger Rechtsprechung (vgl. VwGH 21.11.2017, Ro 2015/12/0017 mit Verweisen auf VwGH vom 15.01.1986, 85/01/0244; vom 27.10.1997, 96/17/0348 und vom 23.06.2003, 2002/17/0182) fest, dass für die Frage der Heilung von Mängeln einer im Ausland erfolgten Zustellung grundsätzlich § 7 ZustellG maßgeblich ist, es sei denn, aus einem internationalen Abkommen ergäbe sich ausdrücklich oder von seiner Zwecksetzung her Gegenteiliges.

Sinn und Zweck der Bestimmung des Art. 5 des Übereinkommens ist, dass der Adressat der Sendung Kenntnis über den Inhalt derselben erlangt. Wenn daher lediglich das Entgegennehmen des Schriftstückes zu einer Heilung der Unterlassung der Verpflichtung zur Übersetzung der Urkunde führen würde, so würde der Zweck des Rechtshilfeübereinkommens, welcher klar erkennbar auf die sprachliche Verständlichkeit des Inhalts der Urkunde abzielt, unterlaufen.

Der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes folgend bewirkt die fehlende Übersetzung des zuzustellenden Dokumentes, wenn dies – wie im konkreten Fall zutreffend – in einem internationalen Übereinkommen vorgesehen ist, die Unvollständigkeit des Schriftstückes und ist eine Heilung dieses Zustellmangels iSd § 7 ZustellG nicht möglich (vgl. *Larcher*, Zustellrecht, S. 129 mwN). Dieses Ergebnis ist auch im Hinblick auf das Recht auf ein faires Verfahren im Sinne der Art. 47 GRC bzw. Art. 6 Abs. 3 lit. a EMRK geboten.

Die in dieser Sache vorgenommene Zustellung des Straferkenntnisses ausschließlich in deutscher Sprache an den Beschwerdeführer im Ausland ist daher schon gemäß dem seit 15.08.2018 in Geltung stehenden § 46 Abs. 1a VStG, wonach dem Straferkenntnis eine Übersetzung in einer für den Beschuldigten verständlichen

Sprache anzuschließen ist, wenn der Beschuldigte der deutschen Sprache nicht hinreichend kundig ist als unwirksam anzusehen.

Mangels rechtswirksamer Zustellung ist das gegenständliche Straferkenntnis gegenüber dem Beschwerdeführer bislang nicht erlassen worden, sodass dagegen auch keine Beschwerde erhoben werden konnte. Die vorliegende Beschwerde war daher als unzulässig zurückzuweisen.

III. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Es liegen auch keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Tribunalul Administrativ Provincial din Austria Superioară, prin judecătorul Mag. Kühberger, pronunță următoarea hotărâre cu privire la recursul formulat de A__, România, împotriva condamnării penale a autorității districtuale Steyr-Land, din data de 22 noiembrie 2023, nr. ref.: BHSE/923150025828/23, pentru încălcarea Legii privind salarizarea și prevenirea dumpingului social

DECIZIE

I. Plângerea este respinsă ca inadmisibilă.

II. Un recurs împotriva prezentei decizii este inadmisibil.

Motivarea deciziei

I.1. Prin decizia autorității districtuale Steyr-Land (denumită în continuare "autoritatea în cauză") din data de 22 noiembrie 2023, nr. de referință: BHSE/923150025828/23, reclamantului (denumit în continuare "reclamantul") i s-a aplicat o amendă de 4 000 EUR pentru o infracțiune administrativă în temeiul articolului 27 alineatul (1) coroborat cu articolul 12 alineatul (1) punctul 2 din Legea privind prevenirea dumpingului salarial și social (LSD-BG), precum și o pedeapsă privativă de libertate de înlocuire de 24 de ore în caz de neîncasare. Reclamantul este acuzat de nerespectarea unei solicitări scrise din partea Oficiului de Luptă Antifraudă din data de 18 august 2023, deoarece documentele de securitate socială A1 respective nu au fost prezentate ulterior pentru lucrătorii menționați.

I.2. Plângerea, care a fost depusă în timp util și este intitulată "Tradus din limba română" pe toate cele trei pagini, este îndreptată împotriva acestuia.

Pe lângă observațiile privind inspecția în cauză, reclamantul afirmă că societatea sa are sediul în România. Toate documentele care i-au fost trimise au fost exclusiv în limba germană. Întrucât societatea sa este o societate românească, iar limba oficială a țării de domiciliu este limba română, acesta nu trebuie să înțeleagă pe deplin sau corect conținutul procedurilor penale.

Convenția privind asistența judiciară reciprocă în materie penală în Uniunea Europeană se aplică notificării sau comunicării în România. Notificarea sau comunicarea unui act fără traducere nu numai că este viciată, dar, având în vedere caracterul incomplet al actului, un astfel de viciu nu poate fi remediat în temeiul articolului 7 din Legea privind notificarea sau comunicarea actelor prin predarea efectivă a actului destinatarului.

Faptul că acesta nu vorbea germana era deja cunoscut atunci când a solicitat autorității districtuale din Linz-Land o prelungire a termenului de justificare. Prin urmare, nu a existat o hotărâre penală accesibilă din cauza lipsei unei notificări eficiente din punct de vedere juridic.

I.3. Printr-o scrisoare din 22 decembrie 2023, autoritatea districtuală Steyr-Land, în calitate de autoritate în cauză, a înaintat plângerea în cauză Tribunalului Administrativ Provincial din Austria Superioară în vederea pronunțării unei hotărâri, fără a emite o decizie preliminară cu privire la plângere. În conformitate cu articolul 2 din VwGVG, Tribunalul Administrativ Provincial din Austria Superioară trebuie să se pronunțe prin intermediul judecătorului unic responsabil în funcție de repartizarea cauzelor.

I.4. Tribunalul Administrativ Regional din Austria Superioară a luat probe prin inspectarea dosarelor. Întrucât din documentele disponibile din dosar reiese deja clar că recursul urmează să fie respins, nu a fost necesară organizarea unei audieri orale în conformitate cu § 44 alin. 2 VwGVG.

Trebuie remarcat faptul că atât cererea de justificare din data de 2 noiembrie 2023, cât și decizia penală în cauză din data de 22 noiembrie 2023 au fost redactate exclusiv în limba germană și nu au fost trimise reclamantului traduceri în limba română. Fiecare dintre documente a fost trimis reclamantului prin e-mail.

La cererea Oficiului de Luptă Antifraudă din data de 18 noiembrie 2023 de prezentare a documentelor de securitate socială A1, care i-a fost trimisă reclamantului în limba română la 7 septembrie 2023, reclamantul a răspuns în limba engleză la 11 septembrie 2023. Prin urmare, din conținutul dosarului nu rezultă că reclamantul vorbește limba germană. Prezenta plângere este, de asemenea, marcată pe fiecare pagină cu nota "Tradus din limba română" și a fost în mod evident pregătită cu ajutorul unui program de traducere.

II. Tribunalul Administrativ Regional din Austria Superioară a considerat următoarele:

II.1. Situația juridică:

§ Articolul 46 (1a) din Legea penală administrativă din 1991 (VStG) în versiunea în vigoare de la 15 august 2018 prevede
"În cazul în care acuzatul nu cunoaște suficient limba germană, o traducere într-o limbă pe care acuzatul o poate înțelege va fi anexată la condamnare. Cu condiția ca acest lucru să nu împiedice un proces echitabil, traducerea poate fi înlocuită cu un extras din conținutul esențial. Obligația de a traduce condamnarea nu se aplică infracțiunilor administrative care se pedepsesc cu o amendă de până la 7 500 EUR și fără pedeapsă privativă de libertate sau pentru care procedurile au fost deja desfășurate în conformitate cu dispozițiile secțiunii 4."

§ Secțiunea 7 din Legea privind comunicarea actelor prevede:
"În cazul în care apar vicii în procedura de notificare, se consideră totuși că notificarea a fost efectuată în momentul în care actul a fost primit efectiv de destinatar."

§ Articolul 11 alineatul (1) din Legea privind notificarea și comunicarea actelor prevede:
"Notificarea în străinătate se efectuează în conformitate cu acordurile internaționale existente sau, dacă este necesar, prin mijloacele autorizate de legile sau de alte dispoziții legale ale statului în care urmează să se efectueze notificarea

sau comunicarea sau prin practica internațională, dacă este necesar cu asistența autorităților austriece reprezentative."

Art. 5 din Convenția privind asistența judiciară reciprocă în materie penală între statele membre ale Uniunii Europene, Monitorul Oficial Federal III nr. 65/2005, prevede
"Transmiterea și notificarea actelor de procedură
(1) Fiecare stat membru transmite actele de procedură destinate persoanelor care se află pe teritoriul altui stat membru direct prin poștă.
(2) Actele procedurale pot fi transmise prin intermediul autorităților competente ale statului membru solicitat numai dacă
(a) adresa destinatarului este necunoscută sau nu este cunoscută cu precizie
(b) normele procedurale relevante ale statului membru solicitant impun dovada notificării sau comunicării actului către destinatar altfel decât prin poștă
(c) notificarea sau comunicarea prin poștă nu a fost posibilă; sau
(d) statul membru solicitant are motive întemeiate să creadă că notificarea prin poștă nu va fi eficientă sau este inadecvată.
(3) În cazul în care există indicii că destinatarul nu cunoaște limba în care este redactat actul, actul sau cel puțin conținutul esențial al acestuia se traduce în limba sau în una dintre limbile statului membru pe teritoriul căruia se află destinatarul. În cazul în care autoritatea care a emis actul de procedură are cunoștință de faptul că destinatarul cunoaște doar o altă limbă, actul sau cel puțin conținutul esențial al acestuia este tradus în acea altă limbă.
(4) Fiecare act de procedură este însoțit de o notă care precizează că destinatarul se poate adresa autorității care a emis actul sau altor autorități din statul membru respectiv pentru a se informa cu privire la drepturile și obligațiile sale în legătură cu actul. Alineatul (3) se aplică și acestei mențiuni.
(5. Prezentul articol nu aduce atingere aplicării articolelor 8, 9 și 12 din Convenția europeană de asistență judiciară și a articolelor 32, 34 și 35 din Convenția Benelux."

II.2. Cu stimate considerații, Articolul 5 alineatul (3) din Convenția privind asistența judiciară reciprocă în materie penală între statele membre ale Uniunii Europene, Monitorul Oficial Federal III nr. 65/2005, cu modificările ulterioare (denumită în continuare: Convenția), coroborat cu articolul 11 alineatul (1) din Legea privind notificarea și comunicarea actelor, prevede că este necesară o traducere pentru notificarea și comunicarea actelor de procedură în străinătate în cazul în care destinatarul nu cunoaște limba în care este redactat actul. România a aderat la acordul menționat anterior în momentul aderării sale la UE, la 1 ianuarie 2007.

Dispoziția de la articolul 5 alineatul (3) din convenție trebuie privită în lumina articolului 6 alineatul (1) din CEDO, potrivit căruia actele care sunt notificate sau

comunicate în străinătate trebuie să fie redactate sau traduse într-o limbă pe care destinatarul o înțelege; în caz contrar, notificarea sau comunicarea este ineficientă. Cerința de traducere servește la garantarea dreptului pârâtului de a fi ascultat. Lipsa unei traduceri este remediată în special în cazul în care pârâtul a înțeles efectiv conținutul unui document redactat într-o limbă străină sau în cazul în care acesta trebuie să fie capabil să înțeleagă limba națională [a se vedea *Frauenberger-Pfeiler/Raschauer/Sander/Wesely* (eds), Österreichisches Zustellrecht, ediția a 2-a, secțiunea 11 alineatul (7)].

Hotărârea penală în cauză este doar în limba germană și nu a fost trimisă reclamantului prin intermediul Sistemului de informare al pieței interne (IMI), ci prin e-mail.
Notificarea hotărârii penale în cauză fără anexarea unei traduceri - cel puțin a părților esențiale - este contrară articolului 11 alineatul (1) din Legea privind notificarea și comunicarea actelor, coroborat cu articolul 5 din Convenție, și, de asemenea, nu respectă dispozițiile articolului 17 din LSD-BG, conform cărora aceasta trebuie notificată într-o versiune tradusă prin intermediul IMI. După cum s-a explicat deja mai sus, reclamantul nu numai că a exprimat în plângere, ci și în cadrul procedurii că nu vorbește limba germană.

Tribunalul Administrativ a susținut în mod constant (a se vedea VwGH 21.11.2017, Ro 2015/12/0017 cu trimiteri la VwGH din 15.1.1986, 85/01/0244; din 27.10.1997, 96/17/0348 și din 23.6.2003, 2002/17/0182) că secțiunea 7 din Legea privind notificarea și comunicarea actelor (ZustellG) este, în general, decisivă în ceea ce privește remedierea viciilor unei notificări efectuate în străinătate, cu excepția cazului în care un acord internațional prevede altfel în mod expres sau prin scopul său.

Scopul dispoziției de la articolul 5 din convenție este ca destinatarul trimiterii să ia cunoștință de conținutul acesteia. Prin urmare, în cazul în care simpla primire a actului ar conduce la remedierea omisiunii obligației de traducere a actului, scopul Convenției privind asistența judiciară reciprocă, care vizează în mod clar inteligibilitatea lingvistică a conținutului actului, ar fi subminat.

În conformitate cu jurisprudența Curții Administrative, lipsa traducerii actului care trebuie notificat sau comunicat, în cazul în care aceasta este prevăzută într-o convenție internațională - așa cum este cazul în speță - face ca actul să fie incomplet și nu este posibilă remedierea acestui viciu de notificare sau comunicare în sensul articolului 7 din Legea privind notificarea sau comunicarea actelor (a se vedea *Larcher*, Zustellrecht, p. 129, cu referințe suplimentare). Acest rezultat este necesar și în ceea ce privește dreptul la un proces echitabil în sensul articolului 47 din CFR și al articolului 6 alineatul (3) litera (a) din CEDO.

Prin urmare, notificarea condamnării penale în acest caz exclusiv în limba germană către reclamantul din străinătate trebuie considerată ineficientă în conformitate cu articolul 46 alineatul (1a) din VStG, care este în vigoare de la 15 august 2018, potrivit căruia condamnarea penală trebuie să fie însoțită de o traducere într-o limbă pe înțelesul acuzatului în cazul în care acesta nu cunoaște suficient limba germană.

Din cauza lipsei unei notificări eficiente din punct de vedere juridic, sentința penală în cauză nu a fost încă emisă reclamantului, ceea ce înseamnă că nu a putut fi introdusă nicio cale de atac împotriva acesteia. Prin urmare, acest recurs a trebuit să fie respins ca inadmisibil.

III. inadmisibilitatea recursului ordinar:

Recursul ordinar este inadmisibil, întrucât nu trebuia apreciată nicio chestiune de drept în sensul art. 133 alin. 4 B-VG care să fie de importanță fundamentală. Decizia în cauză nu se abate de la jurisprudența anterioară a Tribunalului Administrativ și nici nu există o lipsă de jurisprudență. În plus, jurisprudența existentă a Curții Administrative nu trebuie considerată inconsecventă. De asemenea, nu există alte indicii că problema juridică care trebuie soluționată este de importanță fundamentală.

Informații privind căile de atac

Împotriva prezentei decizii se poate introduce o cale de atac la Curtea Constituțională și/sau o cale de atac extraordinară la Curtea Administrativă în termen de șase săptămâni de la data notificării. O cale de atac la Curtea Constituțională trebuie depusă direct la Curtea Constituțională; o cale de atac la Tribunalul Administrativ trebuie depusă la Tribunalul Administrativ Provincial din Austria Superioară. Redactarea și depunerea unei plângeri sau a unei căi de atac trebuie să fie efectuate de un avocat autorizat. Pentru apel sau revizuire se plătește o taxă de depunere de 240 de euro pentru fiecare, cu excepția cazului în care legea prevede altfel. Aveți opțiunea de a renunța la dreptul de recurs la Curtea Administrativă și la dreptul de recurs la Curtea Constituțională. Consecința unei astfel de renunțări este că o cale de atac la Curtea Administrativă și o cale de atac la Curtea Constituțională nu mai pot fi depuse. O renunțare trebuie anunțată în scris sau declarată pentru înregistrare. În cazul în care renunțarea nu a fost prezentată de către sau în prezența unui reprezentant profesionist al partidului, aceasta poate fi revocată în scris sau pentru înregistrare în termen de trei zile.

Notă

Asistența judiciară se acordă unei părți, integral sau parțial, în cazul în care partea nu este în măsură să acopere costurile de desfășurare a procedurii fără a afecta întreținerea necesară, iar acțiunea în justiție sau apărarea legală preconizată nu pare a fi în mod evident lipsită de interes sau inutilă.
Asistența judiciară se acordă unei persoane juridice sau altei entități care poate fi parte în procedură în cazul în care fondurile necesare pentru desfășurarea procedurii nu pot fi obținute nici de persoana juridică, nici de părțile implicate în mod economic în desfășurarea procedurii, iar acțiunea în justiție sau apărarea în justiție preconizată nu pare a fi în mod evident intenționată sau inutilă; același lucru se aplică unui organism desemnat oficial sau unui reprezentant legal care acționează în numele unei succesiuni în cazul în care fondurile necesare pentru desfășurarea procedurii nu pot fi obținute nici de la succesiune, nici de la părțile implicate în mod economic în desfășurarea procedurii.

Pentru procedurile de apel, o cerere de asistență juridică trebuie depusă la Curtea Constituțională în termenul de apel.

Pentru procedurile de apel, o cerere de asistență judiciară trebuie să fie depusă la Curtea Administrativă în termenul de apel. Cererea trebuie, dacă este rezonabilă, să indice pe scurt motivele pentru care recursul este considerat admisibil, contrar hotărârii Curții Administrative.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Kühberger